



Nr. 21

7. Juni 2018

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

[Gewerkschaftstag dbb berlin](#)

[Öffentlicher Dienst: Bezahlung muss stimmen+++](#)

[Digitalisierung im öffentlichen Dienst](#)

[Silberbach: „Wir brauchen mehr Steuerung“+++](#)

[2. Zukunftskongress Soziale Infrastrukturen](#)

[Nachwuchs- und Fachkräftemangel: Katalysator für eine inklusive Verwaltung+++](#)

[dbb jugend](#)

[Politisches Speed-Dating beim 2. Parlamentarischen Abend+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Rheinland-Pfalz](#)

[Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten wird erhöht+++](#)

[Hamburg](#)

[dbb Landeschef Klüver einstimmig im Amt bestätigt+++](#)

[Saarland](#)

[„Zukunftssichere Landesverwaltung“: dbb saar stellt Forderungen+++](#)

[Thüringen](#)

[dbb Landesbund im Gespräch mit Ministerpräsident Ramelow+++](#)

[VBOB](#)

[Bundesvertretertag: Digitalisierung wird zentrales Thema+++](#)

[DPoIG](#)

[„Ankerzentren“ bringen Struktur in Verfahren+++](#)

[GDL](#)

[Bahn wurde seit 30 Jahren kaputtgespart+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gewerkschaftstag dbb berlin

Öffentlicher Dienst: Bezahlung muss stimmen

Mobil, agil, divers: So wünscht sich dbb Chef Ulrich Silberbach den öffentlichen Dienst. Ohne eine bessere Bezahlung sei das aber nicht zu machen.

„Flexible Arbeitsformen zeichnen einen mobilen öffentlichen Dienst aus, davon profitieren Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Beschäftigte“, so der dbb Bundesvorsitzende bei seiner Rede auf Gewerkschaftstag des dbb berlin am 30. Mai 2018. Auch Gesundheits- und Diversity-Management seien unerlässlich für eine Verwaltung, die Karrieremöglichkeiten für alle Menschen bieten wolle – unabhängig von beispielsweise von Alter und Herkunft. All diese Faktoren könnten den öffentlichen Dienst attraktiver machen.

„Klar ist aber auch: Das alleine reicht nicht“, so Silberbach weiter. Hand in Hand mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen müsse eine Verbesserung der Einkommen gehen. „Wenn wir Menschen für den öffentlichen Dienst gewinnen wollen, die diese Werte – mobil, agil, divers – mit Leben füllen und unsere Daseinsfürsorge auch noch fit für die weitere Digitalisierung machen, dann muss die Bezahlung schon stimmen.“

Gerade Berlin als Hauptstadt zeige, wie wichtig eine ordentliche Vergütung sei. „Hier sind die Einrichtungen von Bund und Land nur einen Steinwurf von einander entfernt, und doch sind die Unterschiede etwa bei der Besoldung oft drastisch“, so Silberbach. „Und dabei haben wir von der Konkurrenz durch die Privatwirt-

schaft um die besten Fach- und Nachwuchskräfte noch gar nicht gesprochen.“

Silberbach gratulierte dem Vorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, den die Delegierten des Gewerkschaftstages zuvor in seinem Amt bestätigt hatten. „Dir und der gesamten frisch gewählten Landesleitung wünsche ich alles Gute, viel Kraft und Erfolg beim Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen“, so Silberbach. „Unserer Unterstützung dürft ihr euch sicher sein.“

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunft sichern – Nachwuchs fördern!“ mit Berliner Landespolitikern konkretisierte die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, ihre Vorstellungen für einen attraktiven öffentlichen Dienst am Beispiel der Hauptstadt: „Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dass Berlins Senat beschlossen hat, zukünftig nicht mehr sachgrundlos zu befristen, aber warum davon nun ausgerechnet die Auszubildenden ausgenommen werden sollen, versteht kein Mensch.“ Junge Menschen bräuchten konkrete Perspektiven mit Blick auf Gestaltungs-, Aufstiegs- und Einkommenschancen. „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Gerade in jungen Jahren, wo Dinge wie Partnerschaft, Familien- und Eigentumsplanung eine große Rolle spielen“, betonte die dbb jugend Chefin.

Digitalisierung im öffentlichen Dienst

Silberbach: „Wir brauchen mehr Steuerung“

„Wir brauchen für die Digitalisierung der Verwaltung mehr Steuerung und Koordination“, betonte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 6. Juni 2018).

Die Bundesregierung müsse etwa die im Koalitionsvertrag angekündigte Digital-Agentur rasch mit Leben füllen. Diese soll gemeinsame Standards für Systeme in Bund, Ländern und Kommunen schaffen.

Die Kommunen sind längst dabei, eigene Strukturen aufzubauen und Arbeitsabläufe zu digitalisieren. „Das ist auch klar, der Druck ist groß“, erklärte Silberbach und verwies ausdrücklich auch auf die vielen positiven Ansätze

vor Ort. Dennoch bleibt der Bund in der Pflicht, sich stärker für den Aufbau einer einheitlichen IT-Infrastruktur zu engagieren. „Wir brauchen hier klare rechtliche Voraussetzungen und eine Standardisierung, etwa durch Investitionshilfen vom Bund.“

Gleichzeitig, so Silberbach, müsse man aber auch die mit der Digitalisierung verbundenen Sorgen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ernst nehmen: „Wir hören immer wie-

der, dass die Menschen Angst haben, von Algorithmen ersetzt zu werden.“ Aber anders herum werde ein Schuh daraus: „Der durch die Digitalisierung gewonnene Freiraum muss in die Fortbildung der Mitarbeiter investiert wer-

den. Wir schaffen ständig neue Aufgaben für den Staat, können aber schon jetzt Tausende Stellen nicht besetzen“, sagte der dbb Chef.

2. Zukunftskongress Soziale Infrastrukturen **Nachwuchs- und Fachkräftemangel: Katalysator für eine inklusive Verwaltung**

Der akute Nachwuchs- und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst könnte sich als Katalysator für mehr Inklusion in Verwaltung und Behörden erweisen, sagte Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender des dbb, beim 2. Zukunftskongress des „Behörden Spiegel“.

„Der öffentliche Dienst ist in Folge des massiven Personalabbaus seit der Wiedervereinigung und der demografischen Entwicklung nicht so aufgestellt, wie er es in Anbetracht seiner Aufgaben eigentlich sein müsste“, machte Schäfer am 6. Juni 2018 auf der Veranstaltung in Berlin deutlich. Aktuell fehlten im Staatsdienst mindestens 200.000 Beschäftigte, und die in den kommenden zehn Jahren zu erwartenden Altersabgänge im Millionenbereich würden dieses Dilemma weiter verschärfen. „Vor diesem Hintergrund muss der öffentliche Dienst das Thema Inklusion nicht nur für seine ‚Kunden‘, die Bürgerinnen und Bürger, denken und praktizieren, wo es bereits beeindruckende Angebote und Projekte gibt. Der Staat muss vor allem auch die Potenziale heben, die eine inklusive und lebensnahe Verwaltung als Arbeitgeber für Menschen mit Handicap und ältere Beschäftigte bietet.“

Gerade der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber Deutschlands müsse auf diesem Gebiet in jeder Hinsicht eine Vorbildfunktion einnehmen, so dbb Vize Schäfer. Dies sei im Branchenvergleich mit einer Schwerbehindertenquote von 6,9 Prozent bereits, allerdings sei „hier noch reichlich Luft nach oben“. Vor allem müssten ausreichend inklusive Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier könne die Digitalisierung neue Wege und Möglichkeiten eröffnen, beispielsweise die Schaffung besonders geeigneter Tätigkeitsbereiche für Menschen mit Behinderung und den Personaleinsatz entsprechend der individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen. So könnten beispielsweise Menschen mit Asperger Syndrom und ihrer damit oft verbundenen be-

sonders hohen Konzentrationsfähigkeit vorzugsweise im Controlling eingesetzt werden. Letztlich, so Schäfer, sei es völlig gleichgültig, „WEN wir inkludieren wollen: Menschen mit Behinderung, ältere Beschäftigte oder etwa Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen. Sie alle haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und können bei konsistenter und konsequent inklusiver Ausbildungs- und Arbeitsplatzplanung tatsächlich helfen, die Personalengpässe zu verringern.“

Zum Thema „Bildung ohne Grenzen“ diskutierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm, zugleich Chef des Verbandes Deutscher Realschullehrer, auf dem Zukunftskongress mit Vertretern des Studentenwerks und der Volkshochschulen. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass vor allem Menschen aus bildungsfernen Milieus und mit Migrationshintergrund hier besonderer Unterstützung bedürfen. In einer Gesellschaft, deren wichtigste Ressource die berufliche und wissenschaftliche Qualifikation ist, sei es nicht hinnehmbar, dass 5,9 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen oder 13,8 Prozent ohne Berufsausbildung bleiben. Böhm: „Die Bildungsförderung muss dabei bereits in der Kita beginnen. Über alle Schulformen hinweg muss zudem mehr Wert auf individuelle Talentförderung aber auch auf Schulsozialarbeit und Schulpsychologie gelegt werden.“ Generell, so Böhm weiter, sollte den Schulen bei den Themen Ganztage und Bildungskooperation mit externen Partnern mehr Flexibilität ermöglicht werden: „Vor allem bei der Kooperation Schule-Wirtschaft gibt es noch riesige ungenutzte Potentiale.“

dbb jugend

Politisches Speed-Dating beim 2. Parlamentarischen Abend

„Beamte – Deal or no deal?“ Bei ihrem 2. Parlamentarischen Abend am 4. Juni 2018 in Berlin wollte die dbb jugend von Abgeordneten und Vertretern politischer Jugendorganisationen wissen, wie sie zum Berufsbeamtentum stehen.

Nach der Begrüßung durch dbb jugend Chefin Karoline Herrmann und dbb Chef Ulrich Silberbach ging es für die Parlamentarier rund: An insgesamt sechs Tischen, jeweils zu den Themen Berufsbeamtentum und Streikverbot, Aufstiegsmöglichkeiten und Wertschätzung/Work-Life-Balance, konnten sich die Berufspolitiker mit den Vertreterinnen und Vertretern des Berufsnachwuchses im öffentlichen Dienst in jeweils zehn Minuten austauschen – politisches Speed-Dating.

Die dbb jugend machte deutlich, dass sie den „Deal“ zwischen dem Staat und seinen Beamten für eine „ziemlich coole Sache“ hält: „Beamte sind unverzichtbar. Dafür, dass wir uns auf unseren Staat und darauf, dass alles mit

Recht und Ordnung zugeht, verlassen können, zu jeder Tages- und Nachtzeit, im Alltag ebenso wie in Ausnahmesituationen, sorgen ganz viele Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen, aber die Beamtinnen und Beamten tun das in ganz besonderem Maße“, sagte dbb jugend Chefin Karoline Herrmann. Die aktuell in Gestalt von Rufen nach einer Bürgerversicherung oder gar der kompletten Abschaffung des Beamtenstatus zu erkennenden Bestrebungen würden vieles anders, „aber garantiert nichts besser machen“, warnte Herrmann. „Deshalb: Finger weg vom Berufsbeamtentum, aber mehr Wertschätzung, Aufstiegsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte dürfen es gerne sein für die Kolleginnen und Kollegen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten wird erhöht

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat angekündigt, dass Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamten in Rheinland-Pfalz jeweils ab dem 1. Juli in den Jahren 2019 und 2020 um zwei Prozent steigen – und zwar zusätzlich zur Übertragung des Tarifergebnisses der Länder-Einkommensrunde 2019. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz begrüßte das Vorhaben am 5. Juni 2018 als „überfälliges Signal der Wertschätzung zugunsten der betroffenen Kolleginnen und Kollegen“.

Lenz weiter: „Seit fast zwei Jahren liegen wir der Landesregierung in den Ohren mit unseren Sorgen um mangelnde Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst. Unser hartnäckiges Drängen auf Angleichungszahlungen wurden erhört. Jetzt

muss sich zeigen, ob der Maßnahmenplan auch ausreicht, um den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz konkurrenzfähig zu halten, denn die anderen Länder stoppen ihre Besoldungsentwicklung ja nicht.“

Hamburg

dbb Landeschef Klüver einstimmig im Amt bestätigt

Beim Gewerkschaftstag des dbb hamburg am 31. Mai 2018 wurde der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Rudolf Klüver, im Amt bestätigt. Die 200 Delegierten wählten ihn einstimmig (eine Enthaltung) für weitere fünf Jahre.

Mit Blick auf das Motto des Gewerkschaftstages „Der öffentliche Dienst – wichtiger denn je!“ sagte Klüver: „Die Bürgerinnen und Bürger – nicht nur in diesem Bundesland – wollen keine weiteren Privatisierungen mehr. Die

Daseinsvorsorge und den sozialen Frieden kann nur ein politisch unabhängiger, aber auch loyaler öffentlicher Dienst gewährleisten. Regierungen kommen und gehen, die Verwaltung

und die Vollzugsbediensteten bleiben und verfügen über ein langjähriges Knowhow.“

Die Politik müsse endlich anerkennen, so Klüver weiter, dass der Fachkräftemangel auch im

öffentlichen Dienst durchschlage. „Wer gute Leute haben will, muss auch entsprechend gut bezahlen; und da herrscht hoher Nachholbedarf“, stellte der alte und neue dbb Landeschef klar.

Saarland

„Zukunftssichere Landesverwaltung“: dbb saar stellt Forderungen

Der dbb saar hat am 7. Juni 2018 Bedingungen für die Fortsetzung der 2012 begonnenen Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ zwischen Landesregierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gestellt.

So müsse etwa der bis 2022 geplante Stellenabbau gelockert beziehungsweise nach der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ab 2020 ganz beendet werden. Bereits der bisher umgesetzte Abbau habe dazu geführt, dass in vielen Bereichen der Landesverwaltung für die Beschäftigten jetzt schon die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei.

Zudem solle die Landesregierung eine ressortübergreifende Personalplanung und eine qualifizierte Nachwuchsgewinnung (bspw. ohne Befristungen) umsetzen. Außerdem solle bereits jetzt die Zusage erfolgen, das Tarifergebnis der Länder-Einkommensrunde 2019/2020 auf die Landes- und Kommunalbeamten sowie Versorgungsempfänger zu übertragen.

Thüringen

dbb Landesbund im Gespräch mit Ministerpräsident Ramelow

Am 28. Mai 2018 hat turnusgemäß das Gespräch der Landesleitung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen mit dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stattgefunden.

Der tbb bemängelte erneut die geplante Abschaffung der technischen Laufbahnausbildung in Thüringen. Aufgrund des Fachkräftemangels in den technischen und naturwissenschaftlichen Fachverwaltungen ist vorgesehen, die entsprechende Laufbahnausbildung durch eine nebenberufliche Ausbildung im Angestelltenstatus zu ersetzen. Der tbb hat jedoch Zweifel, dass dadurch positive Entwicklungen bewirkt werden. Der Vorbereitungsdienst sei vielmehr aufgrund der kompakten und fachübergreifenden Vermittlung das geeignetste Mittel, um das für die Laufbahnbefähigung erforderliche Wissen zu erlangen. Außerdem entziehe sich der Freistaat mit der Abschaffung seiner Pflicht zur Ausbildung.

Ministerpräsident Ramelow hat sich laut tbb außerdem für unzureichende Informationen bei der Gewerkschaftsbeteiligung in der aktuellen Phase der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Er habe zugesichert, die festgestellten Mängel abzustellen. Zur Ausgestaltung der Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes habe der Ministerpräsident gesagt, dass die Diskussionen auf Regierungsebene beziehungsweise von Gewerkschaften und Personalräten mit der Landesregierung abgeschlossen wurden. Nunmehr sei die Fortsetzung der Debatte um Detailfragen mit den Landtagsabgeordneten zu führen.

VBOB

Bundesvertretertag: Digitalisierung wird zentrales Thema

Am 11. und 12. Juni 2018 findet in Berlin der Bundesvertretertag des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) statt. Zentrales Thema wird die Digitalisierung sein. Außerdem wird die Verbandsspitze neu gewählt.

„Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahren eine herausragende Rolle einnehmen. Sie bietet Chancen, birgt aber auch Risiken. Wir werden unser Hauptaugenmerk auf die von den Veränderungen betroffenen Menschen richten“, so der amtierende VBOB Bundesvorsitzende Hartwig Schmitt-Königsberg. Die Umgestaltung der Arbeitswelt könne nur gemeinsam von Arbeitgebern, Interessenvertretungen und Gewerkschaften sicher, ausgewogen und mit Perspektiven versehen gestaltet werden. „Nicht das Verhindern der Digitali-

sierung ist die Lösung, sondern das konstruktive Mitgestalten ist unser vorrangiges Ziel.“

Schmitt-Königsberg, seit 2012 an der Spitze des mehr als 10.000 Mitglieder zählenden VBOB, tritt beim Bundesvertretertag nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden an. Ihre Kandidatur erklärt hat Rita Berning, bisher Hauptpersonalratsvorsitzende im Bundesinnenministerium. Sie ist die erste Frau, die sich um das Amt als VBOB Bundesvorsitzende bewirbt.

DPoIG

„Ankerzentren“ bringen Struktur in Verfahren

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), hat die Pläne zur Einrichtung von „Ankerzentren“ für Asylverfahren am 31. Mai 2018 unterstützt.

„Grundsätzlich ist die politische Entscheidung richtig, die derzeit unterschiedlichen Zuständigkeiten im Verfahren von der Einreise, der Antragstellung, Entscheidung, Abschiebung und Rückführung in „Ankerzentren“ zu bündeln. Nur so wird es möglich sein, überhaupt wieder eine Struktur in das Gesamtverfahren zu bringen“, so Wendt. Da im ersten Quartal 2018 die Hälfte aller geplanten Abschiebungen aus Deutschland nicht durchgeführt werden konnte, bestehe dringender Handlungsbedarf.

Wendt weiter: „Bundesinnenminister Seehofer ist dabei, verloren gegangenes Vertrauen in staatliches Handeln wiederherzustellen. Das ist schwer, aber dringend notwendig. Entsprechende Bemühungen dürfen aber jetzt nicht von vornherein für abwegig oder nicht umsetzbar erklärt werden. Der Maßstab ist schlicht und einfach staatliches Handeln nach geltendem Recht und Gesetz – nicht mehr und nicht weniger.“

GDL

Bahn wurde seit 30 Jahren kaputtgespart

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, hat die Deutsche Bahn am 1. Juni 2018 für mangelnde Investitionen scharf kritisiert.

„Die Bahn wurde seit 30 Jahren kaputtgespart, sodass die Systemvorteile eines pünktlichen, zuverlässigen Verkehrsmittels sukzessive verloren gingen“, so Weselsky. Und die Probleme im Schienenverkehr würden durch schlecht organisierte Baustellen, gravierenden Personalmangel und ein jahrzehntelang ausgedünntes Schienennetz ständig weiter zunehmen. Im vergangenen Jahr sei fast ein Viertel der Fernverkehrszüge unpünktlich gewesen. Zudem seien 140.000 Züge ausgefallen, was in keiner öffentlichen Pünktlichkeitsstatistik auftauche.

Statt eine qualifizierte Fehleranalyse voranzutreiben, so Weselsky, würden die Probleme jedoch oftmals beim Betriebspersonal abgeladen. Wenn die Lokomotivführer nicht „zu jeder Tages- und Nachtzeit mit Herzblut“ ihren verantwortungsvollen Dienst verrichten würden, sähe es noch viel schlimmer aus. „Das DB-Management fabuliert jedoch lieber von autonomen Zügen in der Zukunft, statt heute einen sicheren, pünktlichen, zuverlässigen Verkehr zu organisieren.“

Namen und Nachrichten

Am 30. Mai 2018 hat der **dbb** mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV

Bayern) die Verhandlungen zum Tarifvertrag für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Bay-

ern (TV-N Bayern) fortgesetzt. Die Arbeitgeber haben ein schriftliches Angebot vorgelegt, das der dbb zurückgewiesen hat, weil es die Forderungen der Beschäftigten und die Besonderheiten des bayerischen Nahverkehrs nicht ausreichend berücksichtigt.

Der Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** hat am 6. Juni 2018 Kritik am Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder geübt. Dieser hatte angekündigt, die Grenze nach Österreich künftig durch die Landespolizei kontrollieren zu lassen. Au-

ßerdem will er bayerische Polizisten zu „Personenbegleitern Luft“ ausbilden lassen, damit diese künftigen Abschiebungen aus Bayern in alle Welt durchführen können. Walter dazu: „Dieses Wahlkampfgetöse auf Kosten der Bundespolizei ist unerträglich. Herr Söder soll gefälligst zuerst mal seine eigenen Hausaufgaben machen, bevor er mit seinen „großbayerischen Visionen“ zur Übernahme von Bundesaufgaben die engagierte und professionelle Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in Frage stellt.“

Kommende Termine:

dbb Presseseminar
11./12. Juni 2018

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST
26. Juni 2018

Veröffentlichung zur dbb Bürgerbefragung
8. August 2018

13. dbb Medienkonferenz
22./23. Oktober 2018